Bezugspreis für Sept. durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart) „Der Erzähler" „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland" „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr) „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat) „Technik und Erfindung" „Der Münsterländer" (für Feld Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger Warendorfer Anzeiger Westmünsterländer Anzeiger Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise) wöchentäglich.
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße. — Fernsprecher Nr. 2448 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14, Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstr. 34a, Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hügen Berlin SW 48. Verl. Hedemannstraße 25. Fernsprecher Hafenheide 883

Münsterischer Anzeiger

und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen, Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonst. Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg. bei Barzahl. 7 Pfg. kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlung 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm).
Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt.
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 28. September 1927 76. Jahrgang. Nr. 986

Zur politischen Lage.

Daß der Verlauf des Deutschnationalen Parteitages ein weitergehendes politisches Interesse finden mußte, liegt in den gegenwärtigen parlamentarischen Verhältnissen begründet. Die Deutschnationalen repräsentieren die stärkste Regierungspartei. Die Umstände, unter denen die Deutschnationalen in die Regierung kamen, sind noch in aller Gedächtnis. Überdies sind sie ja auch durch die Presseerörterungen der letzten Tage über die sogenannten „Richtlinien" wieder in aller Gedächtnis zurückgerufen worden. Dabei haben sich Erörterungen abgespielt, die erkennen ließen, daß die grundsätzlichen Fragen heute noch ebenso bestritten sind, wie damals, als die Regierung gebildet wurde. Die Deutschnationalen waren aber klug genug, gerade auf dem diesmaligen Parteitag es um dieser grundsätzlichen Ziele willen nicht zum Bruch kommen zu lassen. Ihr Bemühen, diese Ziele mit der Gegenwartspolitik in Einklang zu bringen, war offensichtlich.

Niemand verübelt es den Deutschnationalen, wenn sie mit legalen Mitteln ihre Auffassungen über die Monarchie zur Geltung zu bringen suchen. Aber andererseits muß naturgemäß von einer Regierungspartei verlangt werden, daß sie, um so mehr, da sie das ausdrücklich versprochen hat, die gegebene Staatsform achtet und ihr auf Grund der gegebenen Verfassung gerecht wird.

Während so manches nach dieser Richtung hin auf dem Deutschnationalen Parteitag, entgegen und unter betonter Abwehr verschiedener deutschnationaler Presseäußerungen der letzten Zeit, gutgemacht wurde, ist nun aber der ganze Eindruck dadurch wieder in Frage gestellt worden, daß Graf Westarp in seiner Schlußrede von der „wesensfremden" Staatsform sprach und als Ziel der deutschnationalen Politik die „Befreiung" von dieser „wesensfremden" Staatsform proklamierte. Dieses Wort wäre besser nicht gesprochen worden, denn all das Mißtrauen, das nun einmal auf Grund der immer wiederkehrenden Erörterungen über diese Dinge sich eingenistet hat, wird und muß nun wieder lebendig werden. Man fragt sich auch, wie die Deutschnationalen es mit politischer Grundsatzfestigkeit vereinbaren können, eine „wesensfremde" Staatsform anzuerkennen und für den Schutz dieser „wesensfremden" Staatsform sich ausdrücklich noch zu verpflichten. Und das ist doch geschehen in den „Richtlinien", auf die sich die Deutschnationalen bei Eintritt in die Regierung feierlich verpflichtet haben. Daran läßt sich nicht rütteln und nicht deuteln.

Wenn es nun in der deutschnationalen Presse und insbesondere in der „Kreuzzeitung" so dargestellt wird, als beharre die Zentrumspresse „eigensinnig" auf ihrem Standpunkt, so ist das wieder eine vollständige Verdrehung der wirklichen Sachlage. Nicht das Zentrum hat den Streit — die „Kreuzzeitung" nennt es einen „Federkrieg" — um die „Richtlinien" angefangen, sondern die deutschnationale Presse unter Führung der „Kreuzzeitung" selbst ist es gewesen, die verächtlich und höhnisch über diese „Richtlinien" sich äußerte und entgegen den eingegangenen Verpflichtungen der Deutschnationalen die Symbole des neuen Staates herabsetzte und beschimpfte.

Es ist in diesem Zusammenhange übrigens bemerkenswert, was der „Bayerische Kurier" (Nr. 266) über die deutschnationale Politik sagt. Es heißt da:

Nach dem geltenden Koalitionsprogramm sollen Verfassungsänderungen nur im Einvernehmen mit den übrigen Koalitionsparteien in Angriff genommen und verfolgt werden. Daraus ergeben sich auch für die agitatorische Vorbereitung einzelner Verfassungsänderungen „Bindungen", deren Anerkennung man auch in der Rede Westarps vergeblich sucht.

Gerade diese Äußerung sollte doch den Deutschnationalen zu denken geben. Im übrigen wollen wir gerne zugeben, daß die Führung der Deutschnationalen Volkspartei bemüht ist, die Schwierigkeiten, die sich durch die Erörterungen der deutschnationalen Presse in der letzten Zeit für den Bestand der Koalition selbst ergeben haben, abzumildern. Das genügt aber nicht, es werden autoritative Erklärungen darüber noch zu fordern sein.

Im übrigen ist die gegenwärtige innenpolitische Lage gekennzeichnet durch den Stand der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz. Eine außerordentlich bemerkenswerte Tatsache ist dadurch gegeben, daß die preußische Regierung, in der die Linke, insbesondere die Sozialdemokraten, einen überaus maßgebenden Einfluß haben, nicht grundsätzlich, wie vielfach befürchtet wurde, gegen das Reichsschulgesetz sich ausspricht, sondern Abänderungsvorschläge macht, die zu erkennen geben, daß die preußische Regierung und die Sozialdemokraten, wie überhaupt die gesamte Linke innerhalb der Regierung es auf einen Bruch mit dem Reiche und der Reichsregierung wegen des Reichsschulgesetzes nicht ankommen lassen wird und will. Die Abänderungsvorschläge selbst entsprechen in vielen Punkten sicherlich nicht unseren Meinungen und Auffassungen über diese Dinge, aber wir werden uns in Toleranz über die entgegenstehenden Meinungen auseinanderzusetzen haben.

Die Stellungnahme der preußischen Regierung zum Reichsschulgesetz dürfte nun aber der Sozialdemokratie selbst, wie der Linken überhaupt hinsichtlich der Agitation gegen dieses Gesetz eine bedeutsame Lehre sein. Es hat eine Zeit gegeben, in der die Verhandlungen wegen eines Reichsschulgesetzes mit der Linken ziemlich weit gediehen waren. Heute in der Opposition und Agitation wird in der Linken viel von dem verleugnet, was sie damals auf dem Kompromißwege zugegeben bereit war. Wenn in diesen zweifellos außerordentlich wichtigen grundsätzlichen kulturpolitischen Fragen eine Kompromißmöglichkeit der Linken zum mindesten nicht sabotiert wird, dürfte die innerpolitische Situation eine wesentliche Beruhigung erfahren. Ein derartiges Verhalten der Linken würde im übrigen auch ungemein erzieherisch gerade auf jene Gruppe innerhalb der Deutschen Volkspartei wirken, die auch heute noch glaubt, nach dem Muster eines alten, in kulturpolitischen Dingen kämpferisch eingestellten Liberalismus in diesen Fragen vorgehen zu können. -r-

Die thüringische Regierung zum Konkordat und Schulgesetz.

tu **Weimar,** 27. Sept. In der heutigen Sitzung des Thüringischen Landtages erklärte die Landesregierung zum Abschluß eines Konkordats, daß weder durch ein Reichskonkordat noch durch ein Landeskonkordat dem Staate in der Ausübung seiner Hoheitsrechte, insbesondere der Schulhoheit Bindungen auferlegt werden dürften. In der Frage des Reichsschulgesetzes habe die Landesregierung im Reichsrat folgende grundsätzliche Abänderungsanträge gestellt:

„Die Volksschulen sind nach Bekenntnissen nicht getrennte Schulen (Gemeinschaftsschulen), soweit sie nicht nach näheren Bestimmungen dieses Gesetzes Bekenntnisschulen oder bekenntnisfreie Schulen (weltliche oder Weltanschauungsschulen) sind oder werden."

„In den Ländern Baden, Thüringen, Hessen sowie im ehem. Herzogtum Nassau bleibt die dort bestehende, nach Bekenntnissen nicht getrennte gesetzliche Volksschule bis auf weiteres erhalten, soweit nicht durch Landesgesetze die Durchführung dieses Gesetzes angeordnet wird."

Eine Stellungnahme zu den übrigen Paragraphen des Gesetzentwurfes habe sich die Regierung für die mündlichen Verhandlungen ausdrücklich vorbehalten. Sie werde für eine Gleichstellung der weltlichen mit der Bekenntnisschule eintreten. Eines ihrer Hauptziele bei den Verhandlungen über das Reichsschulgesetz werde es sein, darauf hinzuwirken, daß die unterrichtliche Leistungsfähigkeit der Schule nicht durch Zersplitterung voll ausgebauter Schulsysteme beeinträchtigt werde.

Die Exterritorialität der Danziger Westernplatte.

Ein Erfolg Dr. Stresemanns. — Der Völkerbundsrat lehnt den Bericht Villegas ab. — Einsetzung eines Dreierkomitees.

tu **Genf, 27. Sept. (Tel.)** Die heutige Nachmittagssitzung des Völkerbundsrates begann mit einer zweistündigen Debatte über die Exterritorialität der Danziger Westernplatte. Auf Antrag Dr. Stresemanns und mit Unterstützung des Senatspräsidenten Sahm wurde der Bericht des Berichterstatters Villegas, der die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes für die Westernplatte entsprechend der Entscheidung des Völkerbundskommissars van Hamel forderte, abgelehnt und die Einsetzung eines Dreierkomitees beschlossen, das aus dem Berichterstatter Villegas und zwei von ihm zu ernennenden Sachverständigen bestehen soll. Dieses Komitee hat die Aufgabe, das Exterritorialitätsrecht auf der Westernplatte eingehend auf seine Rechtsgrundlagen und die Uebereinstimmung mit den bestehenden Verträgen zu prüfen und dem Rate auf der Dezembertagung ein Gutachten zu erstatten. Es ist das erste Mal im Völkerbundsrat, daß ein für Danzig äußerst ungünstiger Beschluß des Rates durch den Widerspruch Deutschlands nicht zur Annahme gelangt ist.

Die Debatte nahm einen äußerst bewegten Verlauf. Sie gestaltete sich im wesentlichen zu einer Kontroverse zwischen Dr. Stresemann und dem polnischen Kommissar Strasburger. Die kategorische Erklärung Stresemanns, dem Vorschlag des Berichterstatters auf Aufrechterhaltung der Entscheidung des Kommissars van Hamel seine Zustimmung nicht geben zu können, machte allgemein großen Eindruck, da hierdurch die Beschlußfassung des Rates in der vorgesehenen Weise unmöglich gemacht worden war. Vor Beginn der Sitzung gab der Berichterstatter Villegas dem Rat seinen umfangreichen Bericht bekannt, der im wesentlichen die Aufrechterhaltung der bisherigen Rechte Polens auf der Westernplatte und somit die Anerkennung der Entscheidung van Hamels vorsah.

In längerer Rede nahm Senatspräsident Sahm zu dem Bericht Villegas Stellung. Er wies u. a. darauf hin, daß zwei durch Verträge und höhere Ratsbeschlüsse geschiedene Rechtsbegriffe streng auseinanderzuhalten seien:

1. Die Feststellung und besondere Regelung der Nicht-Exterritorialität der Westernplatte und
2. die Zubilligung der Ausübung eines bestimmten Nutzungsrechtes auf einem Teil des Danziger Staatsgebietes durch Polen.

Nichtexterritorialität bedeute die Feststellung, daß die Souveränitätsrechte, die der Danziger Staat wie jeder andere Staat auf seinem Gebiete grundsätzlich auszuüben habe, durch die Einräumung eines Nutzungsrechtes an einen fremden Staat auf einem Teil des Gebietes nicht berührt werde. Bezüglich des Rechtes der Danziger Behörden zum Betreten der Westernplatte bestehe nach dem Bericht gar keine ungehemmte Möglichkeit des Zutrittes. Er hoffe aber, daß bei loyaler Ausiegung der vorgesehenen Bestimmungen in allen wichtigen Fällen die Ausübung des Souveränitätsrechtes der Danziger Regierung nicht verhindert werde. Die Verantwortung, die Polen für den Fall einer Explosion auf der Westernplatte durch den Ratsbeschluß vom Jahre 1924 auferlegt wurde, sei eine reine zivilrechtliche. Die öffentlich-rechtliche Verantwortung liege dagegen der Danziger Regierung ob, die für die Sicherheit und öffentliche Wohlfahrt des Staates zu sorgen habe. Hierauf könne die Danziger Regierung nicht verzichten und niemand könnte ihr diese Verantwortung aufnehmen. Es sei unbedingt erforderlich, daß jede Operation für die Lagerung und den Transport von Munition von Danziger Sicherheitsorganen kontrolliert werden könne. Zur Regelung des Zolldienstes müsse gesagt werden, daß zwar eine Zollunion zwischen Danzig und Polen bestehe, daß aber die zollamtliche Kontrolle der Güter jeder Art ausdrücklich und vorbehaltlich von Danziger Zollbeamten ausgeübt werden solle. Demnach müßten auch die auf der Westernplatte eintreffenden Güter von Danziger Beamten zollamtlich kontrolliert werden. Durch keinen der bestehenden Verträge werde Polen ein Recht gegeben, diese Kontrolle zu übernehmen und die Danziger Beamten auszuschalten. Bei der von dem Kommissar vorgeschlagenen Regelung würde die Danziger Zollverwaltung nicht erfahren, was außer Kriegsgerät auf der Westernplatte in das Danziger Staatsgebiet eingeführt werde. Das sei ein ganz unmöglicher Zustand, der die Westernplatte zum Zollausland, also tatsächlich exterritorial mache. Präsident Sahm erklärte weiter, daß er mit der Regelung des Transportes von Waren durch das Danziger Staatsgebiet von der Westernplatte nach Polen einverstanden sei. Er verstehe den Bericht in diesem Punkte dahin, daß entsprechend der bisherigen Regelung das polnische Begleitpersonal nur in der Rolle von privaten Wächtern auf den Zügen anwesend sei. Durch die Entscheidung des Kommissars, die durch Ratsbeschluß vom Juni bestätigt wurde, sei die in der Danziger Bevölkerung infolge des polnischen Munitionslagers auf der Westernplatte vorhandene starke Beunruhigung nur noch vermehrt worden. Mit ihm hofften alle Danziger Kreise, daß der Rat einen Weg finden werde, der Entscheidung ihren gefährlichen Charakter zu nehmen.

Nach der Rede Sahms beantragte der polnische Kommissar in Danzig, Strasburger, die Annahme des Berichtes. Polen sei für alle Zwischenfälle auf der Westernplatte verantwortlich. Es sei nicht möglich, Danzig ein Kontrollrecht auf der Westernplatte einzuräumen. Dadurch würde lediglich eine neue gefahrvolle und äußerst schwierige Situation geschaffen werden.

Zu längeren Ausführungen ergriff sodann Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort. In dem Bericht, so führte er u. a. aus, seien zwei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung:

1. die Kontrolle der Sicherheit auf der Westernplatte und
2. die Verzollung auf der Westernplatte.

Es könne kein Zweifel darüber bestehen, daß die Westernplatte ausschließlich unter das Hoheitsrecht der Freien Stadt Danzig falle. Infolgedessen müsse Danzig auch die Möglichkeit haben, dieses Hoheitsrecht offiziell auszuüben, wie dies auch im Prinzip in der Entscheidung des Völkerbundskommissars anerkannt worden sei. Die Tatsache, daß auf Grund besonderer Vereinbarungen sich auf der Westernplatte ein polnisches Munitionslager befinde, könne den Danziger Senat nicht von dem Kontrollrecht auf der Westernplatte befreien. Der Senat dürfe seine öffentliche Pflicht zur Ausübung einer Kontrolle in einer so ernsten Frage nicht aufgeben. Es sei nicht möglich, daß der Präsident des Danziger Senats auf eine Anfrage im Danziger Parlament über die vom Senat ergriffenen Maßnahmen für die Sicherheit auf der Westernplatte die Erklärung abgebe, daß diese Frage den Senat nichts angehe, da die Westernplatte unter der Kompetenz einer fremden Macht stehe. Eine derartige Haltung würde zweifellos ein Mißtrauensvotum gegen den Senat herbeiführen. Die Abgrenzung der Funktionen zwischen Danzig und Polen stoße lediglich auf gewisse technische Schwierigkeiten, die alleinige Verantwortlichkeit Danzigs für die Westernplatte könne durch nichts eingeschränkt werden. Es handele sich hierbei nicht um eine Frage der materiellen Entschädigungspflicht, sondern um die Frage der Staatssouveränität. Die Entscheidung hierüber sei auch für eine Reihe künftiger [illegible]gen von größter Bedeutung. Dr. Stresemann wies weiter darauf hin, daß die Verzollung auf der Westernplatte nach seiner Ansicht überhaupt in Danziger Hände bleiben müßte. Werde hier eine Ausnahme gemacht, so könnte durch die Entscheidung des Völkerbundskommissars eine Bresche in die Zollhoheit Danzigs geschlagen und damit eine Benachteiligung für Danzig herbeigeführt werden. Stresemann schlug sodann vor, daß die Frage des Kontrollrechtes sowie der Zollhoheit auf der Westernplatte zunächst durch den Berichterstatter unter Hinzuziehung von zwei von ihm zu ernennenden juristischen Sachverständigen geprüft werden solle, um sodann dem Völkerbundsrat die Möglichkeit zu geben, auf der Dezembertagung die endgültige Entscheidung zu fällen.

Der polnische Kommissar Strasburger lehnte den Vorschlag des deutschen Außenministers mit dem Hinweis ab, daß der Völkerbundsrat bereits sechzehnmal die Frage behandelt habe und nunmehr eine endgültige Entscheidung notwendig sei.

Gegen diese Stellungnahme wandte sich Dr. Stresemann in lebhaften Ausführungen. Seine Anregung zur Vertagung der Frage gehe von dem Bestreben aus, eine Einstimmigkeit im Völkerbundsrat zu erreichen und die noch bestehenden juristischen Zweifel zu beheben. Dr. Stresemann vertrat hierbei mit großem Nachdruck noch einmal den Grundsatz der uneingeschränkten Staatshoheit Danzigs auf der Westernplatte. Kein Staatsoberhaupt in der Welt könne die Verantwortung für unter seiner Staatshoheit stehende Gebiete ablehnen. Es hieße alles Staatsrecht aufgeben, wenn man diese Grundsätze ableugnen würde. Dr. Stresemann gab sodann die Erklärung ab, daß er dem Vorschlag des Berichterstatters seine Zustimmung nicht geben könne, falls nicht der Rat eine neue Prüfung der juristischen Grundlagen dieses Falles beschließe. In Fragen, die unmittelbar Deutschland angingen, habe er bereits in früheren Fällen Konzession gemacht, um nicht eine Stellungnahme der Mehrheit gegen die Minderheit herbeizuführen. Sein Vorschlag auf Vertagung bezwecke lediglich, die Einigkeit im Rate herbeizuführen, die für die Arbeiten des Rates notwendig sei.

Der Danziger Völkerbundskommissar van Hamel beantragte sodann, was allgemein auffiel, seinen erstinstanzlichen Entscheid in dieser Frage anzuerkennen. Er lehnte die Rechtsauffassung Dr. Stresemanns über die uneingeschränkte Staatshoheit Danzigs auf der Westernplatte ab und erklärte, daß hierbei eine besondere internationale Regelung vorliege.

Zum Schluß ergriff noch einmal Senatspräsident Sahm das Wort und erklärte, daß alle Schwierigkeiten sofort behoben würden, wenn das polnische Munitionslager von der Westernplatte entfernt würde. Eine Vertagung des Streitfalles auf die Dezembertagung liege im Interesse der Danziger Bevölkerung. Auch ihm erscheine eine eingehende Prüfung der rechtlichen Grundlagen dringend erforderlich.

Nach längerer Debatte beschloß dann der Rat, wie bereits oben erwähnt, die Einsetzung eines Dreierkomitees.

Dr. Stresemanns Bericht über den Ausbau des Wirtschaftsorganismus.

tu **Genf,** 27. Sept. Im weiteren Verlauf der Sitzung nahm der Völkerbundsrat auf Grund des Beschlusses der Vollversammlung den von Dr. Stresemann erstatteten Bericht über den neuen Ausbau des Wirtschaftsorganismus des Völkerbundes entgegen. Darin wird der Vorschlag gemacht, das ständige Wirtschaftskomitee auf 15 Mitglieder verschiedener Nationalitäten zu erhöhen. Dabei ist ein Platz für den Vertreter der Vereinigten Staaten vorgesehen. Die Mitglieder des Komitees werden vom Rat und zwar in persönlicher Eigenschaft, nicht als Vertreter ihrer Regierungen, ernannt. Nach Ablauf der vorgesehenen dreijährigen Mandatszeit sollen die Mitglieder die Eigenschaft von korrespondierenden Mitgliedern des Wirtschaftskomitees erhalten, die an den Sitzungen des Wirtschaftskomitees im allgemeinen nicht teilnehmen, jedoch hinzugezogen werden können. Das Wirtschaftskomitee soll die Befugnis haben, dem Völkerbundsrat weitere korrespondierende Mitglieder vorzuschlagen. Das Wirtschaftskomitee selbst soll seinen Präsidenten auf die Dauer eines Jahres ernennen. Es soll das Recht haben, sämtliche für die Wirtschaftsfunktionen des Völkerbundes notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, Sachverständigen-Gutachten einzuholen und Unterkommissionen einzusetzen. Ferner wird entsprechend dem Beschluß der Vollversammlung die Einsetzung eines begutachtenden Komitees vorgeschlagen, das bekanntlich aus 35 Vertretern der verschiedenen Wirtschaftsverbände und Berufsklassen bestehen soll. Der letzte Vorschlag soll auf der Dezember-Tagung des Rates behandelt werden.

Der Bericht Dr. Stresemanns fand im großen die Zustimmung des Rates. Lediglich von italienischer Seite wurde die Schaffung der korrespondierenden Mitglieder der Kommission beanstandet.

Die Schlußansprache Guanis.

tu **Genf,** 27. Sept. In der Schlußsitzung des Völkerbundes erstattete der griechische Delegierte Politis Bericht über die Kodifizierung des internationalen Rechtes. Er schlug vor, daß die erste internationale Kodifizierungskonferenz im Einvernehmen mit der neunten Bundesversammlung im Jahre 1929 stattfindet und folgende drei Themen behandeln solle: 1. Grenzen und Auswirkung der Nationalität. 2. Territoriale Gewässer. 3. Die Verantwortlichkeit der Staaten für die auf ihren Gebieten entstandenen Personen- und Güterschäden (Korfu-Konflikt).

Ferner soll sich die Konferenz mit Maßnahmen für den Schutz der Tiere und der Meereswelt befassen. Wegen der Abhaltung der Konferenz im Haag soll mit der holländischen Regierung verhandelt werden. Der Völkerbundsrat soll einen fünfgliedrigen Ausschuß für die technischen Vorbereitungen der Konferenz ernennen. Die Leitung der vorbereitenden Arbeiten soll beim Völkerbund bleiben. Der holländische Delegierte Laudon dankte für die Wahl Haags als Konferenzort, worauf der Bericht ohne Abstimmung angenommen wurde.

Nach einem Bericht des Delegierten von Paraguay für die Ausarbeitung eines Generalplanes zur Kodifizierung des internationalen Rechtes verlas Präsident Guani die Schlußansprache. Die Völkerbundsversammlung, so führte der Redner u. a. aus, habe zu einem Erfolg geführt, der zweifellos in den nächsten Monaten bereits zur Auswirkung gelangen werde. Die Gegensätze der Auffassung und die äußerst bewegten Diskussionen hätten lediglich den einheitlichen Willen der Bundesmitglieder zur Zusammenarbeit an dem gemeinsamen Werk offenbart. Der Wunsch, den Frieden zu sichern, der bereits so oft von der Völkerbundsversammlung zum Ausdruck gelangt sei, habe sich diesmal sowohl im Völkerbundsrat als auch in den einzelnen Kommissionen in außerordentlicher Weise kundgetan. Der Wille, zu einer Beschränkung der Rüstungen zu gelangen, habe sich trotz aller Schwierigkeiten befestigt. Klarer als bisher habe man die Grenzen zwischen dem Möglichen und dem Ideal des Erreichbaren erkannt. Dieses große Streben nach einer besseren Organisierung der Sicherheit, die bereits in den Verträgen von Locarno zum Ausdruck gekommen sei, habe jetzt neuen Antrieb gefunden.

Ausschußdebatte über die Steuervereinheitlichung.

vdz **Berlin,** 27. Sept. **(Tel.)** Der Hauptausschuß des preußischen Landtages führte am Dienstag die Debatte über die Steuervereinheitlichungsgesetzgebung des Reichs zum Abschluß.

Abg. **Herold** (Z) bezeichnete die Realsteuern als übermäßig hoch und bedauerte, daß ihre Herabsetzung schwer durchzuführen ist, weil einmal diese Steuern der einzig bewegliche Faktor seien und zum anderen auch der Finanzminister eine Senkung für unmöglich erklärt habe. Der Redner bezeichnete grundsätzlich ein Zuschlagsrecht für die Einkommensteuer als durchaus gerechtfertigt.

Abg. **Ladendorff** (WV.) lehnte alle Bestrebungen ab, auf steuerlichem Wege den Einheitsstaat zu schaffen.

Abg. **Hirsch** (S) forderte vor allem die Beseitigung der zwangsweisen Herabsetzung der Realsteuern, weil darunter die notwendigen kulturellen und sozialen Aufgaben der Gemeinden leiden müßten. Wenn man fortgesetzt von einer Verschwendungspolitik in den Gemeinden spreche, zeige man, daß man die wirklichen Verhältnisse nicht kenne. Tatsächlich müßten die Gemeinden sogar wichtige soziale Aufgaben zurückstellen.

Abg. **Köllges** (Z) forderte entschieden das Anhörungsrecht der Berufsvertretungen bei den Steuerfragen und lehnte die Gewerbesteuerfreiheit für die Nebenbetriebe der Landwirtschaft ab. Die Gewerbesteuer müsse als Berufssteuer ausgebaut werden. Bisher seien z. B. die Aerzte steuerlich erheblich bevorzugt.

Abg. **Dr. Jacobshagen** (Dn.) erklärte, auf dem Städtetag in Magdeburg sei tatsächlich auf eine Beseitigung der Länder hingearbeitet worden. Die Gemeinden könnten, wenn sie nur wollten, angesichts der Not der Zeit mehr sparen als bisher. Die Vorlagen der Reichsregierung gäben eine brauchbare Verhandlungsbasis ab.

Abg. **Falk** (Dem.) begrüßte die in den Reichsvorlagen zum Ausdruck kommende Tendenz der Vereinheitlichung.

Abg. **Neumann-Frohnau** (WV) verwies darauf, daß kluge Leiter kaufmännischer und industrieller Betriebe außerhalb stehende Sachverständige zur Nachprüfung ihrer Betriebe heranzögen. Dies sei auch den Gemeinden anzuraten.

Zum Schluß der Aussprache lehnte Finanzminister Dr. **Höpker-Aschoff** eine Beteiligung des Reichs an dem Ertrage der Realsteuern ab. Eine solche Beteiligung würde auch vom Reichsrat einmütig abgelehnt werden. Die Zusammenfassung des Verwaltungsrechts sei in dem vom Entwurf vorgesehenen Umfange geboten. Die Verwaltung der Hauszinssteuer werde allerdings von Preußen übernommen, doch müsse die Regelung dieser Steuer im Reich einheitlich sein. Das Anhörungsrecht der Berufsvertretungen, das in Preußen schon vorhanden sei, könne auch bleiben. Im großen und ganzen habe die Beratung ergeben, daß der Ausschuß der Grundtendenz des Entwurfes zustimmt.

Um die Steuervergünstigungen bei der Hauszinssteuer.

* **Berlin,** 27. Sept. Die Zentrumsfraktion des Preußischen Landtages hat folgende Kleine Anfrage eingebracht: Zu § 9 Abs. 2 der Hauszinssteuer vom 2. Juli 1926, wonach die Steuer zu stunden oder niederzuschlagen ist „bei gewerblich genutzten Gebäuden, deren Räume durch Betriebseinschränkungen, ungünstigen Geschäftsgang oder infolge schlechter Saison gegenüber der Vorkriegszeit erheblich geringer ausgenutzt werden", hat der Finanzminister angeordnet, daß diese Steuervergünstigung nur Platz greifen soll, wenn das Betriebsvermögen sich im letzten Jahre nicht mit fünf Prozent verzinst hat. Diese Beschränkung entspricht nicht mehr dem zur Zeit üblichen Zinsfuß, sodaß Betriebe, die mit fremdem Kapital arbeiten, hierfür mehr als fünf Prozent aufbringen müssen und bei einem Geschäftsertrage von nur fünf Prozent die weiter schuldigen Zinsen nicht mehr vom Geschäftsgewinn zahlen können, vielmehr aus der Substanz zu nehmen gezwungen sind. Ist die Staatsregierung bereit, im Hinblick auf diese Umständedie Anordnung des Finanzministers den heutigen Verhältnissen entsprechend dahin zu ändern, daß die Steuervergünstigung nur dann gewährt werden kann, wenn das Betriebsvermögen sich nicht mit acht Prozent verzinst hat?

Reichsbank und preußische Amerikaanleihe.

tu **Berlin,** 27. Sept. Zu der Newyorker Meldung, wonach auch die Deutsche Reichsbank der Ansicht sei, daß einzelstaatliche Anleihen infolge der Bestimmungen des Versailler Vertrages auf den Dawesplan störend einwirken könnten, wird dem „Deutschen Handelsdienst" von der Reichsbank mitgeteilt: Mit der Frage, welche Bedeutung den Bestimmungen des Versailler Vertrages für die Begebung von Anleihen Preußens oder anderer Länder im Ausland zukommt, hat sich die Reichsbank in keiner Weise befaßt, da diese Angelegenheit nicht zu ihrer Zuständigkeit gehört. Auch hat die Reichsbank an keiner Stelle außerhalb der Beratungsstelle zu der preußischen Auslandsanleihe Stellung genommen.

Präsident Guani behandelte sodann die Tätigkeit des Völkerbundes auf wirtschaftlichem Gebiete. Zum ersten Male habe der Völkerbund auf dem Gebiete der Wirtschaft durch die Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz neue positive Lösungen gefunden. Die gegenwärtige Völkerbundsversammlung habe das Ihre getan, um den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz weitere Auswirkung zu geben.

Der Präsident betonte, daß alle Erfolge des Völkerbundes auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete auf dem Willen des Völkerbundsrates und der Vollversammlung zur Verantwortung beruhten. Der Erfolg liege immer bei denjenigen, die den Mut und die Kraft zum Tragen der Verantwortung hätten. Die gegenwärtige Völkerbundsversammlung habe alle Wege und Tendenzen des internationalen Lebens geprüft und eine Bilanz der gegenwärtigen politischen Aktivität des Völkerbundes gezogen. Der Redner schloß seine Ausführungen mit der Parole: Warten, hoffen und handeln. Die Völkerbundsversammlung habe auf ihrer diesjährigen Tagung einen neuen Weg beschritten, und man könne also die Hoffnung und den Glauben haben, daß dieser Weg zu einem Erfolg führen werde.

Nach der Schlußansprache erklärte der Präsident die Versammlung für geschlossen.

Die Beisetzung des Botschafters v. Maltzan.

w **Groß-Luckow** bei Vollrathsruhe, 27. Sept. **(Tel.)** Schon in dem Frühzuge nach Vollrathsruhe bemerkte man zahlreiche Trauergäste die mit prächtigen Kranzspenden zur Beisetzung des Botschafters von Maltzan fuhren, dessen sterbliche Hülle in der Halle des Schlosses Groß-Luckow aufgebahrt ist. Zahlreiche Kranz- und Blumenspenden und Schleifen mit Inschriften bedecken den Sarg. Der Weg den der Trauerzug nach der Grabstätte nehmen wird, ist mit Tannenzweigen und Blumen geschmückt.

Heute mittag gegen 1 Uhr fand im Schloß die Trauerfeier für Botschafter Freiherrn von Maltzan statt. Auf dringenden Wunsch des Vaters des Verstorbenen hatte sich nur ein kleines Trauergefolge eingefunden. Als Vertreter der Reichsregierung und des Reichskanzlers war Reichsjustizminister Dr. Hergt in Begleitung des Ministerialdirektors in der Reichskanzlei Dr. von Hagenow, als Vertreter des Reichspräsidenten und gleichzeitig des Reichsaußenministers Ministerialdirektor Dr. Koepke mit drei Verhandlungsdirigenten und dem Chef

des Protokolls erschienen. Der Reichsverkehrsminister war vertreten durch Ministerialrat Brandenburg, die Reichspresseabteilung durch Geh.-Rat Baligand. Vom diplomatischen Korps hatte sich der amerikanische Botschafter Dr. Shurman eingefunden. Vor Beginn der Trauerfeier ließ der Reichspräsident durch seinen Vertreter einen prächtigen Kranz aus weißen Rosen und weißen Lilien am Sarge des Verstorbenen niederlegen. Weitere kostbare Kranzspenden wurden am Sarge niedergelegt im Auftrage des amerikanischen Präsidenten Coolidge, des amerikanischen Staatssekretärs Kellogg, der mecklenburg-schwerinschen Staatsregierung, des früheren mecklenburg-schwerinschen Herzogpaares und des Prinzgemahls der Niederlande. Die Trauerandacht hielt Pastor Huyer-Kirch-Grubenhagen. Der Kriegerverein des Gutes und des Dorfes bildete Spalier. Im Trauergefolge bemerkte man auch zahlreiche Mitglieder der Kriegervereine aus den umliegenden Ortschaften mit ihren Fahnen. Die Beisetzung erfolgte auf dem Familienfriedhofe im Park zu Groß-Luckow.

Das preußische Studentenrecht.

w **Berlin**, 27. Sept. **(Tel.)** Die neue „Verordnung über die Bildung von Studentenschaften" ist vom preußischen Staatsministerium beschlossen und soeben dem Staatsrat zugeleitet worden. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, wird nach der Verordnung die Studentenschaft der einzelnen wissenschaftlichen Hochschulen von dem zuständigen Minister staatlich anerkannt und wird verfassungsmäßiges Glied der Hochschule, wenn die mitgliedschaftsberechtigten Studenten in einer gleichen und geheimen Abstimmung, die unter Leitung des Rektors bis zum 15. Dezember 1927 erfolgt sein muß, beschlossen haben, eine Studentenschaft zu bilden. Die dann gebildete Studentenschaft besteht aus den an der Hochschule eingeschriebenen — reichs- und auslandsdeutschen — Studenten. Die Studentenschaft kann sich mit Organisationen, die an anderen deutschen Hochschulen bestehen, vereinigen, sofern diese Organisationen alle reichs- und auslandsdeutschen Studenten umfassen und sofern die Satzungen der Gesamtvereinigungen nicht im Widerspruch mit der preußischen Verordnung stehen. An Hochschulen, in denen eine Studentenschaft nicht gebildet wird, trifft der zuständige Minister die für die Weiterführung der studentischen Wohlfahrtseinrichtungen erforderlichen Maßnahmen. Der schon bestehende Vermögensbeirat der einzelnen Studentenschaft hat die Aufgabe, die Vermögensverwaltung und die Kassenführung der Studentenschaft zu überwachen und die Studentenschaft bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen zu beraten und zu unterstützen. Der Haushaltsplan der Studentenschaft, auf Grund dessen die Beiträge erhoben werden, bedarf der Genehmigung des Ministers und des Vermögensbeirats

Strafrechtsausschuß des Reichstages.

vdz **Berlin**, 27. Sept. **(Tel.)** Im Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform wurde § 7 des Entwurfes erledigt. Von deutschnationaler Seite wurde beantragt, die im Ausland begangenen Verbrechen nur dann unter Strafe zu stellen, wenn sie sich gegen das Rechtsgut eines deutschen richten. In der Abstimmung wurde der deutschnationale Antrag angenommen. Es folgte die Beratung des § 8, der Ort und Zeit der Tat behandelt. § 8 Abs. 2 stellt klar, daß es ausschließlich darauf ankommen soll, wenn der Täter gehandelt hat oder wenn ein Unterlassungsdelikt in Frage steht, wann er hätte handeln müssen. Wenn der zum Tatbestand gehörige Erfolg eintritt soll nicht maßgebend sein.

Nach längerer Aussprache wurde § 8 in der Fassung der Regierungvorlage angenommen. Von kommunistischer Seite wurde nunmehr beantragt, unter der Ueberschrift: „Grenzen der Strafanwendung" einige Paragraphen einzuschalten, wonach die Strafgesetze keine Anwendung finden sollen auf Handlungen von Personen, die noch nicht 16 Jahre alt sind, die das 70. Lebensjahr erreicht haben, ferner auf Handlungen, deren Verantwortungsfreiheit durch die Reichsverfassung bestimmt ist usw.

Der Antrag wurde abgelehnt, da er nach Ansicht der Mehrheit des Ausschusses nicht an diese Stelle der Beratung gehörte. Die verschiedenen in dem Antrag enthaltenen Fragen werden bei Behandlung der entsprechenden Paragraphen des Entwurfs später einzeln beraten werden.

Nachdem noch über die §§ 9 und 10 des Entwurfs eine Aussprache erfolgt war, vertagte sich der Ausschuß auf Mittwoch, ohne über diese beiden Paragraphen zunächst Beschlüsse zu fassen.

56. Tagung der deutschen Philologen und Schulmänner.

w **Göttingen**, 27. Sept. **(Tel.)** In der Aula der Göttinger Universität wurde heute vormittag die 56. Tagung der deutschen Philologen und Schulmänner durch einen Festakt eröffnet, bei dem auch Kultusminister Dr. Becker das Wort ergriff. Der Minister führte u. a. aus: Ich begrüße alle die, die zur deutschen Kultur gehören und ihr sympathisch gegenüberstehen. Das Ministerium will die Spannung überwinden, die zwischen Wissenschaft und Schule besteht. Die Schule trägt den Erfordernissen des Lebens in schnellerem Tempo Rechnung als die Wissenschaft. Es entsteht die Frage: Leistet die Schule noch so viel wie in früheren Jahren? Es hat sich ein Wandel in den Bildungszielen vollzogen. Unser Land braucht mannigfache Schultypen. Niemand bedauert die Spaltung mehr wie ich, aber auch ein Minister hat eine besondere Liebe. Ich bekenne mich zum humanistischen Gymnasium. Ich glaube, daß hier die Möglichkeiten einer wissenschaftlichen und praktischen Bildung liegen, die immer ihren Mann stellen wird. Ich tue das aus dem Glauben heraus, daß wir ohne die humanistische Bildung unsere deutsche Vergangenheit kaum verstehen und den Weg zu einem Goethe oder Schiller nicht mehr finden würden. In diesem Zusammenhange muß ich noch erwähnen, daß eine nationale Kultur notwendig ist. Aber hier sind gewiltige Schwierigkeiten vorhanden, die man in die rechte Bahn lenken muß. Was sie auszeichnen soll, ist ein einheitlicher Glaube an den Geist, die Qualität zur Überwindung der Gefahr der Mechanisierung und Schematisierung. Der Minister wünschte der Tagung einen fruchtbaren Verlauf, insbesondere wünschte er, daß es ihr gelingen möge, für den Geist der Versöhnung zu wirken, der nicht entbehrt werden könne, wenn man der Wissenschaft der deutschen Schule und der deutschen Zukunft dienen wolle. (Lebhafter Beifall.)

Im Rahmen der Versammlungen des Philologentages fand außerdem die Tagung des deutschen Gymnasialvereins statt, auf der die Minister Bayerns, Württembergs, Badens und Sachsens vertreten waren. Oberstudiendirektor Dr. Kroymann-Berlin hielt die Begrüßungsansprache. Er machte Mitteilung von der Gründungr eines Reichsausschusses zum Schutze des Gymnasiums.

Der frühere brasilianische Staatspräsident Bernardeze, der zurzeit eine Europareise unternimmt, ist aus Hamburg kommend, in Berlin eingetroffen. Zu seiner Begrüßung waren mehrere Vertreter des Auswärtigen Amtes, sowie der brasilianische Gesandte und die Mitglieder der brasilianischen Gesandtschaft am Bahnhof anwesend.

Bevorstehende Änderungen im englischen Kabinett?

tu London, 27. Sept. (Tel.) Der „Manchester Guardian" berichtet heute im Zusammenhang mit dem bevorstehenden konservativen Parteitag in Cardiff am 6. Oktober über bevorstehende wesentliche Aenderungen im englischen Kabinett. U. a. will das Blatt wissen, daß außer Lord Balfour auch der gegenwärtige Unterrichtsminister durch andere Persönlichkeiten ersetzt würden. Die Neubesetzung werde in erster Linie mit Rücksicht auf die gegenwärtig in der konservativen Partei vorherrschenden Strömungen erfolgen.

Obwohl der „Manchester Guardian" im allgemeinen nur Informationen mit guter politischer Fundierung bringt, scheint doch in diesem Falle seine Parteieinstellung eine ziemlich erhebliche Rolle zu spielen. Die innerhalb der konservativen Partei vorherrschenden Strömungen werden in einer Weise in Rechnung gestellt, die vor dem Parteitag zum mindesten zweifelhaft erscheint. Die Neigung Baldwins ging bisher dahin, möglichst wenig Aenderungen in seinem Kabinett vorzunehmen und den durch den Rücktritt Lord Cecils freigewordenen Posten durch eine andere konservative Persönlichkeit zu besetzen. Ob sich diese Auffassung inzwischen geändert hat, muß im Augenblick bezweifelt werden. Auf der anderen Seite spricht allerdings der Umstand, daß die Konservativen ihren nächsten Parteitag für die Aufstellung von Richtlinien für eine Politik benutzen wollen, die eine günstige Plattform für die nächsten Wahlen schaffen soll, dafür, daß Aenderungen im Kabinett in dem Sinne erfolgen könnten, daß Persönlichkeiten mit ausgesprochenen Eigenheiten anderen Männern Platz machen sollen, die innerhalb der Partei und auch im liberalen Lager weniger Widerstand finden

---

Blutiger Zusammenstoß an der jugoslawischen-bulgarischen Grenze.

w **Paris**, 26. Sept. Havas berichtet aus Belgrad, daß nach Zeitungsmeldungen aus Strumitza eine Gendarmeriepatrouille im Laufe der Nacht mit einer Abteilung Komitatschis zusammenstieß, deren Führer getötet wurde. Den übrigen gelang es, im Dunkel der Nacht die bulgarische Grenze zu überschreiten. Es soll sich nach den Blättern um die gleiche Bande handeln, die Attentate bei Gewgeli verübt haben.

Augustinusverein zur Pflege der katholischen Presse.

Freiburg i. Br., 25. Sept. Die Landesgruppe Baden des Augustinus-Vereins hielt gestern im Katholischen Vereinshaus eine General-Versammlung ab. In dem überaus starken Besuch offenbarte sich das große Interesse, das aus mancherlei Gründen gerade dieser Tagung entgegengebracht wurde. Unter den Anwesenden bemerkte man den badischen Staatspräsidenten Trunk, den Reichsfinanzminister Köhler, den Führer des badischen Zentrums, Prälat Schofer, den Präsidenten des badischen Landtages, Baumgartner.

Aus dem weitausgreifenden Referat des Prälaten Dr. Schofer seien die folgenden Gedanken wiedergegeben: Zum Wesen der Zentrumspolitik gehört der alte Grundsatz unbedingter Bewegungsfreiheit nach allen Seiten. Aber auch ein zweiter, an sich ebenso selbstverständlicher Grundsatz erfordert im politischen Tagesstreit Beachtung: unsere Parteifreunde müssen Disziplin wahren! Disziplin wahren heißt nicht sklavische Unterordnung, heißt sich selber einordnen und unterordnen, wenn die Parteiinstanzen gesprochen haben. Selbst wenn bei Bildung der zeitigen Regierungskoalition im Reiche unsere führend aufgetretenen Unterhändler die Entwicklung in eine bestimmte Richtung gedrängt haben sollten — es wird ganz entschieden bestritten! —, gibt dieser Umstand einem wahrhaften Zentrumsmann kein Recht zum Handeln über alle Schranken der Disziplin hinweg! Es gibt doch Wege genug zur Aussprache in den eigenen Reihen. Die schnelle Verabschiedung des Reichsschulgesetzes ist eine politische Notwendigkeit, ist auch im vaterländischen Interesse dringend geboten und dient den wohlverstandenen Belangen der Schule. Wir treiben wie immer so auch hier praktische Politik, wir wollen keinen neuen Schulkampf, wir wollen aber, daß unsere verfassungsmäßigen Rechte respektiert werden. Auch hier wieder dienen wir der deutschen Republik mehr, als durch ein Herüberjagen unserer Freunde nach rechts. Für Partei und Presse gilt: bei aller gebotenen Rücksichtnahme auf Personen und Dinge bleibt oberstes Prinzip die Wahrung unserer Grundsätze. Hier gibt es keine Konzessionen. Partei und Presse haben die Pflicht, gemeinsam und in gegenseitigem Vertrauen den Weg des deutschen Zentrums zu gehen. Die gesamte politische Lage ist nicht erfreulich, dennoch zeigt der Kampf um das Reichsschulgesetz, daß unser Volk sich von der materialistischen Auffassung des Zeitgeschehens wieder hinwendet zu der Welt des Ideellen. Diese Bewegung zu fördern ist unsere Pflicht. Wir dienen damit in echt christlicher Staatsauffassung unserem Volk, das wir aufwärts und vorwärts zu führen willens sind.

In der ausgedehnten Aussprache kamen die Männer der Presse zum Wort. Immer wieder wurde die Notwendigkeit betont, gegenüber der Verflachung des Alltags die grundsätzlichen Fragen des christlichen Idealismus wieder an die ihnen gebührenden Stellen zu rücken. Verleger Dr. Lensing, Dortmund, unterstrich besonders die Notwendigkeit für die Zentrumspresse, Disziplin zu wahren, das zu verfechten und durchzusetzen, was von den zuständigen Instanzen als Parole ausgegeben wurde. In der geschlossenen Einigkeit von Partei und Presse liegt wie in der Vergangenheit so auch heute der Schlüssel zu erfolgreicher Arbeit. Den Schluß der Versammlung bildete ein lebendig-anschaulicher Vortrag des Domkapitulars Dr. Gröber, Freiburg: Bilder aus der Jahrhundertgeschichte der Erzdiözese Freiburg. Der Vortragende verstand es ausgezeichnet, aus den Bildern der Vergangenheit die rechte Nutzanwendung für die Gegenwart zu ziehen: Wir vermögen alles, wenn wir nur einig sind! Die Teilnehmer der General-Versammlung besuchten heute unter sachverständiger Führung die vorbildliche Jahrhundert-Ausstellung der Erzdiözese Freiburg im Augustinerhaus.

Aus der Stadt.

Münster, 28. September.

♤ **Vom Theater der Stadt Münster.** Die Stammsitzlisten des Theaters sind noch nicht abgeschlossen, so daß nach wie vor Anmeldungen zu allen Mieten an der Theaterkasse während der Vormittagsstunden von 10—13,30 Uhr erfolgen können. Besonders sei darauf hingewiesen, daß in der Mittellaube, im Parkett II und im Balkon I noch gute Plätze zu vergeben sind. Auch in der Freitags-Miete können den Theaterbesuchern noch sehr gute Plätze aller Gruppen angeboten werden. Es wäre sehr zu wünschen, wenn gerade die Freitags-Miete noch stärkeren Zuspruch hätte. Für Vorstellungen, die bereits durch das Abonnement gelaufen sind, werden bei nachträglicher Anmeldung zum Stammsitz Gutscheine zur beliebigen Verwendung für irgendeine Vorstellung ausgestellt. — Auch in diesem Jahre gibt das Theater wieder die beim Publikum sehr beliebt gewordenen Blockhefte aus, d. h. Gutschein-Hefte zu 6 Karten, mit einer Ermäßigung von 10 Prozent gegenüber den Kassenpreisen. Bei Abnahme von 5 Blockheften erhöht sich die Ermäßigung auf 15 Prozent, bei Abnahme von 10 Heften auf 20 Prozent. Die Blockhefte werden ab 1. Oktober an der Theaterkasse verkauft. Dem Publikum sei diese Möglichkeit, zum verbilligten Preise das Theater besuchen zu können, sehr empfohlen.

♪ **Hindenburgmarken.** Die Deutsche Reichspost gibt zum 80. Geburtstage des Herrn Reichspräsidenten Freimarken zu 8, 15, 25 und 50 Pfg und eine Postkarte heraus, die das Bildnis des Herrn Reichspräsidenten tragen. Die Marken und die Postkarten sowie Markenheftchen sind vom 26. September an bei den Postämtern erhältlich.

Wiedereröffnung einer alten Gaststätte. Das ehemalige „Hotel zum Deutschen Kaiser", Jüdefelderstraße 32/33, eines der ältesten Gaststätten Münsters, besonders bekannt wegen seiner guten Küche unter der Leitung von Wwe Schröder (Mütterken Schröder), das während der Inflationszeit seinen Betrieb eingestellt hat, wird Anfang Oktober unter Änderung der Bezeichnung wieder eröffnet. Schon seit einiger Zeit sind die Handwerker tüchtig bei der Arbeit und haben dem Gebäude nach außen einen neuen gefälligen Anstrich gegeben. Die schönen großen Innenräume, die nach Aufgabe des Hotelbetriebes bis vor kurzer Zeit von einer Kleiderindustrie benutzt worden sind, werden vollständig renoviert und der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Wenn auch der Hotelbetrieb in seinem früheren Umfange der Öffentlichkeit noch nicht ganz übergeben werden kann, so ist doch dafür Sorge getragen, daß jetzt schon eine Anzahl Zimmer dem reisenden Publikum zur Verfügung steht.

⊙ **Bund der Kinderreichen.** Arbeit und Wohnung heißt die Parole, unter der der Herbstverbandstag des Provinzialverbandes Westfalen des Bundes der Kinderreichen steht. Die sich mit obigem Thema befassenden Vorträge der Herren Beigeordneten Weinbrenner aus Duisburg und Direktor Vormbrock von der Westfälischen Heimstätte finden am Sonntag, dem 2. Okt., vormittags 10,30 Uhr im Auditorium maximum der Universität statt. (Zugang von der Johannisstraße.) Die Veranstaltung ist öffentlich und jeder Interessent willkommen. Zu der Tagung werden neben Gästen aus ganz Deutschland auch solche aus Holland erwartet. Am Samstagnachmittag findet eine Besichtigung der Siedlung Kinderreicher am Kanal zwischen Wolbecker- und Schiffahrtstraße statt woran sich eine Besichtigung der Sehenswürdigkeiten Münsters knüpft. Hoffentlich nehmen die Gäste trotz des Straßenbahnbaues einen günstigen Eindruck mit. Am Samstag, 8,30 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Münster im Gertrudenhof zu Ehren der Gäste einen Begrüßungsabend, an dem sich alle Ortsgruppenmitglieder beteiligen können. Da der als glänzender Redner bekannte Reichsbundvorsitzende erscheinen wird und auch die holländischen Herren sich wie kürzlich auf dem Rheinischen Verbandstage in ihrer Sprache vernehmen lassen werden, verspricht auch diese Veranstaltung recht interessant zu werden.

♤ **Kleine Nachrichten.** Vor einem Hause am Hansaring, an dem Dachreparaturen ausgeführt werden, entstand Dienstagnachmittag dadurch ein Brand, daß ein auf dem Bürgersteige stehender Teerkessel beim Schmelzen des Teers überkochte. Unter gewaltiger Rauchentwicklung ergoß sich der brennende Teer über den Bürgersteig. Durch Bewerfen mit Sand gelang es den Dachdeckern, der Ausbreitung des Feuers Einhalt zu tun. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte nach kurzer Tätigkeit das Feuer vollständig löschen.

Aus den Provinzen.

♤ **Telgte**, 25. Sept. (Über die Generalversammlung der „Bäuerlichen Bezugs- und Absatzgenossenschaft") erhalten wir folgenden Bericht: Heute hielt im Althausschen Saale die Bäuerliche Bezugs- und Absatzgenossenschaft ihre diesjährige Generalversammlung ab. Es war eine auffällige Erscheinung, daß von den eingeschriebenen Mitgliedern kaum die Hälfte anwesend war, wogegen eine fast ebenso große Zahl Gäste den Saal füllte, eine Erscheinung, die wohl darauf zurückzuführen ist, daß viele Landwirte erregten Versammlungen, wie sie im Laufe des Sommers mehrfach im Ortsverein stattfanden, lieber fern bleiben. Es war auch diesmal schon seit längerer Zeit den Landwirten bekannt, daß von Nichtmitgliedern der Genossenschaft Kampf angesagt worden war. Leider vermißten wir gleich zu Anfang die sichere und ruhige Leitung des zu früh verstorbenen früheren Vorsitzenden. Gutsbesitzers Decker, dem wir gerne wegen seiner großen Verdienste um die Entwickelung der Genossenschaft einen Nachruf seitens des Versammlungsleiters gegönnt hätten. Unter den Anwesenden bemerkten wir u. a. den Direktor der Westfälischen Zentralgenossenschaft, Herrn Dr. Suthof, und den Verbandsrevisor, Herrn Uessing. Der Vorsitzende des Telgter Landwirtschaftlichen Ortsvereins, Lütke Schwienhorst, gab durch eine Anfrage als Nichtmitglied der Genossenschaft dem Verbandsrevisor Gelegenheit, die gesetzlichen Bestimmungen klar zu legen, wonach anderen Vereinen und Nichtmitgliedern es nicht gestattet sei, sich in die Angel genheiten der Genossenschaft einzumischen. Als der Interpellant weiter das Wort nehmen wollte, mußte er von dem Verbandsrevisor energisch erneut darauf aufmerksam gemacht werden, daß er dazu nicht das Recht habe. Nunmehr konnte man zur Erledigung der Tagesordnung schreiten. Aus dem Geschäftsbericht ist besonders zu bemerken, daß der Revisor der musterhaften Geschäftsführung uneingeschränktes Lob spendete. Was den Umsatz der Genossenschaft angeht, so steht die Telgter Genossenschaft mit an erster Stelle im Kreise. Aus den danach getätigten Ergänzungs- bezw. Neuwahlen gingen hervor: Gutsbesitzer Pröbsting als 1. Vorsitzender; Gutsbesitzer Farwick-Hahnes als 2. Vorsitzender; die Herren Aug. Holtkamp und Franz Möllers als Vorstandsmitglieder; Herr Wilh. Dufhues als Aufsichtsratsmitglied. Direktor Dr Suthof hielt einen von hoher Sachkenntnis zeugenden Vortrag über Bezug, Bestandteile und Nachuntersuchungen von Kunstdünger und Futtermitteln. Es wäre nun im Interesse des Ansehens der Versammlung und des Friedens im eigenen Lager zweckmäßig gewesen, daß der Punkt 7 der Tagesordnung „Verschiedenes" nicht so weit ausgedehnt worden wäre. Leider setzte wieder eine unnötige Kritik an Vorkommnissen in der Geschäftsführung ein, die längst ihre Aufklärung gefunden hatten. Daran beteiligten sich u. a. der Gemeindevorsteher Lütke-Schwienhorst und der stud. agr. Grüter. Wir alle wünschen, daß der friedliche, versöhnende Geist des verstorbenen Gutsbesitzers Tnrell in den Ortsversammlungen, und der des verstorbenen Gutsbesitzers Decker in den Versammlungen der Genossenschaft wiederkehren möge. Mit dem gleichen Wunsche zur Einigkeit schloß Gutsbesitzer Pröbsting die Versammlung.

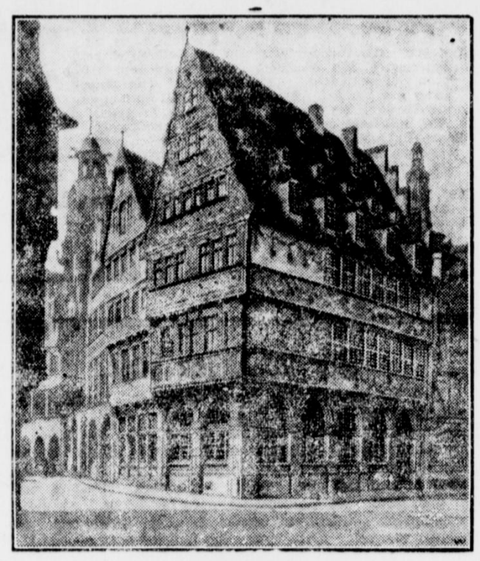
⊙ **Greven**, 26. Sept. (Zwei Fahrraddiebstähle) wurden hier zu gleicher Zeit ausgeführt. Nächtlicherweile wurde dem Förster Borgmann in Pentrup aus dem verschlossenen Keller ein Herrenfahrrad, Marke „Schwalbe", Fabriknummer 42 180, gestohlen. Der Dieb hat die verschlossene Kellertür erbrochen und ist so in das Innere gelangt. — Der zweite Diebstahl wurde im benachbarten Reckenfeld—Hembergen verübt. Hier wurde dem Friseur Abeler sein für kurze Zeit vor der Kantine aufgestelltes Herrenfahrrad, Marke „Klingsor", Nr. 10 757, entwendet. In beiden Fällen halten die polizeilichen Nachforschungen nach den Dieben bislang noch keinen Erfolg.

♪ **Beckum**, 24 Sept. (Unterschlagung im Amt.) Dem Kassenrendanten L., der sich wegen Unterschlagung im Amt vor dem Schöffengericht in Münster zu verantworten hatte (vgl. „M. A." Nr. 981) ist auf die erkannte Strafe von 9 Monaten Gefängnis eine Bewährungsfrist für 6 Monate zuerkannt. Auf Verlust der Ehrenrechte und Dienstentlassung ist nicht erkannt. Auch die unterschlagene Summe ist in dem Bericht zu hoch angegeben.

♤ **Lengerich**, 28. Sept. (Wegesperrung.) Der bisher für den Durchgang von Lastzügen in der Richtung Osnabrück—Lengerich—Münster freigegebene Rahen-Weg in Lengerich ist seit dem 27. September für den Lastzugverkehr gesperrt. Die Umleitung erfolgt über Lienen—Kattenvenne nach Münster, und in umgekehrter Richtung von Ladbergen aus über Kattenvenne—Lienen—Lengerich nach Osnabrück. Für den leichten Wagenverkehr bleibt es bei der bisherigen Umleitung über den Schulte Reiringschen Hof.

♤ **Paderborn**, 27. Sept. (Tödlicher Unfall bei den Reichswehrmanövern.) Bei den Manövern der 6. Division ereignete sich ein tödlicher Unglücksfall. Der Kraftfahrer einer Artillerieabteilung stürzte in der Nähe von Driburg von seinem Motorrad brach das Genick und war sofort tot.

‡ **Solingen**, 26. Sept. (Um den Landratsposten.) Eine Kommission der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft war vor einigen Tagen beim Innenminister vorstellig geworden, um gegen die Ernennung des Redakteurs Trimborn, Köln, zum Landrat des Kreises Solingen Einspruch zu erheben. Wie jetzt nach dem „Solinger Tageblatt" bekannt wird, ist der Schritt vergebens gewesen. Innenminister Grzesinski hat die Wünsche der Herren entgegengenommen, hat auch versprochen, diese Erklärungen der Staatsregierung zur Kenntnis zu bringen, darüber hinaus aber keinen Zweifel gelassen, daß der Entscheid in ablehnendem Sinne fallen werde. Es ist also nunmehr endgültig mit dem baldigen Dienstantritt Trimborns zu rechnen.



Fachwerkhäuser.
Eckansicht des Römers in Frankfurt a. Main.
An der Ecke das um 1600 erbaute Salzhaus. Dann das Haus Löwenstein und der dreigiebelige eigentliche „Römer", in dem früher die deutschen Kaiser gekrönt wurden.

Vermischtes.

* **Brandstiftung im Finanzamt Neukölln.** Berlin, 27. Sept. Im Finanzamt Neukölln brach heute nachmittag ein Feuer aus, das, ehe es größeren Umfang annehmen konnte, gelöscht wurde. Es stellte sich heraus, daß eine Tür mit Petroleum begossen und dann angezündet worden war. Als der Brandstiftung verdächtig wurde ein Händler festgenommen, der sich über das Finanzamt geärgert hatte. Er hatte bei einer Kasse des Finanzamtes zu viel bezahlt, also dort noch ein Guthaben, das ihm aber nicht ausgezahlt wurde, weil er wegen einer anderen Steuer im Rückstande war.

* **Eröffnung der 10. Ausstellung der Deutschen Kunstgemeinschaft.** Berlin, 25. Sept. Am Sonntagmittag wurde die 10. Ausstellung der Deutschen Kunstgemeinschaft in Gegenwart von Reichskanzler Marx, Reichspräsident Löbe, des österreichischen Gesandten Dr. Frank und anderer Persönlichkeiten eröffnet. Als Vertreter des Außenministers begrüßte Gesandter Frentag die österreichischen Künstler. Darauf dankte der österreichische Gesandte und bezeichnete die Ausstellung als wichtigen Schritt vorwärts zu den wichtigen Zielen, die allen am Herzen lägen. Für den Österreichischen Volksbund sprach Reichstagspräsident Löbe und erklärte, daß wenigstens kulturelle Zusammenarbeit zwischen Österreich und Deutschland stattfinden müsse, solange der politische Anschluß versagt sei, Reichskanzler Dr. Marx eröffnete dann die Ausstellung und wünschte, daß sie der Kunst und den beiden stammverwandten Völkern dienen möge.

* **Verurteilung wegen Mordversuchs an seinem Kind.** Frankental, 27. Sept. Wegen Mordversuchs an seiner Tochter wurde der 39 Jahre alte Tagelöhner Georg Helf aus Neustadt a. d. Hardt vom hiesigen Schwurgericht zu einer Zuchthausstrafe von 5 Jahren unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren verurteilt. Der Angeklagte hatte im Juni d. J. sein 7jähriges Töchterchen, das bei seiner geschiedenen Frau lebte, in einen Wald gelockt und dort einen Steinbruch hinuntergestoßen, wobei das Kind schwere Verletzungen erlitt.

* # **Die Überstunden bei der Dresdner Bank.**

Berlin, 26. Sept. Der erste der gegen mehrere Berliner Großbanken schwebende Prozeß wegen Verstoßes gegen die Arbeitszeitverordnung beschäftigte heute das Schöffengericht Berlin-Mitte. Angeklagt waren die Abteilungsdirektoren Robbel und Gühler, der Prokurist Golubski, der Abteilungsleiter Spohde, der stellvertretende Abteilungsleiter Baltasar und der Personalchef Schumacher, sämtlich von der Dresdner Bank in Berlin. Die Anklage stützt sich darauf, daß bei einer Revision durch Gewerbeaufsichtsbeamte an drei Tagen im Jahre 1926 festgestellt worden sei, daß mehrere Angestellte über die vorgesehene Arbeitszeit hinaus beschäftigt wurden. Das Gericht kam zu einer Freisprechung der Angeklagten auf Kosten der Staatskasse unter der Begründung, daß es sich bei den Arbeitszeitüberschreitungen um Notfälle im Sinne des Gesetzes handele, die durch die nicht voraus zu sehende Börsenhausse hervorgerufen worden seien. Für eine etwa mögliche falsche Organisation der Dresdner Bank könnten die Angeklagten aber nicht verantwortlich gemacht werden.

Aufklärung des Breslauer Kindermordes?

Landshut, 27. Sept. Ein 22jähriger Bursche aus Schlesien stellte sich der hiesigen Polizeibehörde unter der Angabe, im Sommer vorigen Jahres die beiden Kinder, ein Geschwisterpaar, ermordet zu haben.

Man wird gut tun, die Bestätigung und Richtigkeit des Geständnisses abzuwarten. Es handelt sich um den schrecklichen Fall, wo abends zwei Kinder, ein Knabe und ein Mädchen von 6 und 7 Jahren, von einem Ausgang zur Post nicht zurückkehrten. Zwei Stunden später fand man auf einer abgelegenen Straße schon die zerstückelten Leichen. Teile der Leichen wurden dem Großvater der Kinder in einem Päckchenbrief nach zwei Tagen ins Haus gesandt. Monatelang hat ein ganzes Aufgebot von Polizeimannschaften nach Spuren des Täters gesucht; ohne Erfolg. Daß sich Verbrecher oft selbst zu Unrecht eines bekannten Verbrechens bezichtigen, um auf dem Transport nach dem Tatort evtl. Gelegenheit zur Flucht zu finden, ist eine bekannte Tatsache. Darum ist die Mahnung am Platze, hinter die Richtigkeit des Geständnisses vorläufig ein Fragezeichen zu setzen.

